

# „Die Schraubendreherei muss ein Ende haben“

Die Gestaltungskraft von Trägern und Mitarbeitenden in der Langzeitpflege sieht VKAD-Geschäftsführer Andreas Wedeking noch ungebrochen – trotz miserabler Rahmenbedingungen! Diese Problemfelder zu lösen, dulde keinen Aufschub mehr. Pflege müsse nun endlich auf die politische Agenda. Ein „Pflegegipfel“ sollte die neue Regierung bei einer nachhaltigen Reform begleiten, schlägt Wedeking vor.



Andreas Wedeking, VKAD-Geschäftsführer, im Interview.

Foto: © Jens Jeske

**Herr Wedeking, Sie äußern sich in einer aktuellen Pressemitteilung enttäuscht darüber, wie wenig die letzte Bundesregierung für die Pflege erreicht hat. Wo liegen die Hauptursachen dafür, dass die letzten drei Ampel-Jahre politisch aus Sicht der Pflege eher vertane Jahre waren?**

Die Pflege ist kein Thema, mit dem man Wahlkampfgewinne einfährt. Trotzdem gab es mit der Ampelregierung die Hoffnung auf große Schritte, denn der Koalitionsvertrag war vielversprechend. Es hat sehr lange gedauert, bis das Pflegeassistenzgesetz und das Pflegekompetenzgesetz vorgelegt wurden. Wie wir heute wissen – zu spät. Mit dem Ampel-Aus wurden diese Pläne auf Eis gelegt. Es ist bitter, dass man sich nicht dazu durchringen konnte, diese bescheidenen Reformvorhaben noch vor der Wahl umzusetzen.

**Der VKAD benennt die Folgen des pflegenpolitischen Stillstands in einem**

**Der VKAD schenkt die Folgen des pflegepolitischen Stimmungs in einem aktuellen Positionspapier – wie brisant ist derzeit die wirtschaftliche Lage der Träger der Altenhilfe, die der VKAD vertritt, was schmerzt die Träger, die Sie befragt haben, derzeit am meisten?**

Anfang des Jahres haben wir eine Umfrage unter unseren Mitgliedern, den katholischen Trägern stationärer und ambulanter Pflegeeinrichtungen, gemacht. Das Ergebnis ist alarmierend: 57 Prozent der stationären Pflegeeinrichtungen und 61 Prozent der ambulanten Dienste bewerten ihre wirtschaftliche Situation als instabil. Diese Zahlen kann man nicht einfach ignorieren.

Der größte Schmerzpunkt ist und bleibt der Personalmangel, der sich durch alle Bundesländer zieht. Dazu kommen jedoch vermeidbare Probleme, die die finanzielle Lage zusätzlich verschärfen: Anträge auf Hilfe zur Pflege werden von den Sozialämtern oft viel zu langsam bearbeitet. Die Träger müssen deshalb in Vorleistung gehen, ohne zu wissen, wann oder ob sie ihr Geld für die erbrachten Leistungen überhaupt zurückbekommen. Dabei lebt inzwischen ein Drittel der Pflegeheimbewohner:innen von Sozialhilfe – Tendenz steigend. Wir fordern daher eine pauschale Vorfinanzierung in diesen Fällen, damit Träger nicht zum Kreditgeber werden und deren Liquidität nicht unnötig belastet wird.

Ein weiteres großes Ärgernis ist das schleppende Unterschriftenverfahren nach Pflegesatzverhandlungen. Eigentlich gibt es eine gesetzlich vorgeschriebene Frist von sechs Wochen, bis neue Pflegesätze gültig sind. In der Praxis erleben unsere Mitglieder aber Verzögerungen von neun Monaten oder länger. In dieser Zeit steigen die Kosten weiter, aber die Refinanzierung hängt in der Luft. Ein vereinfachtes Unterschriftenverfahren und eine Digitalisierung des Prozesses könnten hier Abhilfe schaffen.

**Der VKAD macht mit dem Positionspapier „Pflege auf die politische Agenda setzen“ konkrete Lösungsvorschläge – insgesamt neun an der Zahl. Diese benennen zum Teil notwendige grundlegende Veränderungen in Verfahrensweisen und bürokratischen Prozessen. Es geht aber auch um eine grundsätzliche Neujustierung etwa bei Digitalisierung, den Sektorengrenzen und natürlich der Finanzierungssystematik der Pflegeversicherung. Welche der genannten Lösungen sollte eine neue Bundesregierung prioritär angehen? Die Sicherung der wirtschaftlichen Situation der Träger – also das Thema der rascheren Refinanzierung der Kosten?**

Hier brauchen wir ein zweigleisiges Vorgehen, denn die Zeit drängt: Einerseits müssen Sofortmaßnahmen her, um die Träger finanziell zu entlasten und damit

die pflegerische Versorgung zu sichern. Andererseits braucht es langfristige Strukturreformen, um unser Pflegesystem zukunftsfest zu machen.

Der Abbau der Sektorengrenzen und der sogenannte Sockel-Spitze-Tausch stehen seit Jahren auf der pflegepolitischen Agenda des VKAD und anderer Verbände. Entsprechende wissenschaftliche Gutachten liegen dazu vor (etwa von Prof. Rothgang), doch politisch passiert nichts. Zu Beginn dieses Jahres sind die Beiträge zur Pflegeversicherung erhöht worden, doch zum Jahresende reicht auch dieses Geld nicht. Es ist an der Zeit, dass eine neue Finanzierungssystematik parteiübergreifend befürwortet und grundlegend reformiert wird. Die Schraubendreherei muss ein Ende haben.

Was ebenfalls dringend angegangen werden muss: Die Digitalisierung in der Pflege, und zwar mit angemessener Mitsprache der Langzeitpflege! Vieles könnte durch effizientere digitale Prozesse vereinfacht werden, wenn man es denn konsequent umsetzen würde. Die Träger benötigen außerdem eine nachhaltige Refinanzierung der Maßnahmen zur Digitalisierung, vergleichbar mit dem Krankenhaussektor.

**Welche der neun Lösungsvorschläge, die eher grundsätzliche Thematiken ansprechen – wie die Auflösung der Sektorengrenzen oder der so genannte Sockel-Spitze-Tausch – sollten in welchen Gremien behandelt werden?**

Diese Themen sind bereits umfassend untersucht. Unter der Leitung von Prof. Rothgang arbeitet das SOCIUM – Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik der Universität Bremen, gemeinsam mit der Resonanzgruppe Pro Pflegereform, in der auch der VKAD aktiv ist. Mitte März, pünktlich zu den Koalitionsverhandlungen, sind neue Berechnungen und Vorschläge zu erwarten. Doch wir brauchen mehr als nur neue Berechnungen – es braucht endlich politische Entscheidungen.

Ein weiteres Gremium, das Empfehlungen erarbeitet, die dann in der Schublade verschwinden, hilft uns nicht weiter. Die Pflege kann sich keine endlosen Diskussionsrunden mehr leisten. Was notwendig ist, ist ein Pflegegipfel, der den Gesetzgeber bei einer nachhaltigen Reform begleitet. Ein Bundesministerium für **Pflege** und Gesundheit wäre ein wichtiger Schritt, um die Langzeitpflege endlich ins Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken.

Im Ergebnis muss mehr Vertrauen und Freiheit für die Träger stehen, um Pflegeleistungen effizient zu erbringen. Statt starrer Prozesskontrollen müssen

Ergebniskontrollen im Fokus stehen. Zudem sollten die Träger selbst über den Personalmix entscheiden können, mit dem sie die vereinbarte Pflegequalität gewährleisten. Die Pflege braucht keine weiteren Verzögerungen, sondern entschlossene Reformen, die endlich umgesetzt werden.

**Die Themen, die das VKAD-Papier anspricht, sind bei den politisch Verantwortlichen hinreichend bekannt. Passiert ist wenig. Welche Druckmittel hat ein Verband wie der VKAD, seinen Forderungen bei den politischen Verantwortlichen Nachdruck zu verleihen? Mit welchen anderen Akteuren ziehen Sie hier wie an einem Strang, damit was passiert?**

Die Interessen der freigemeinnützigen Träger sind in der BAGFW gut vertreten. Auch private und kommunale Träger schlagen bei vielen Themen in die gleiche Kerbe. Die Politik sollte aufhorchen, wenn ähnliche Forderungen von unterschiedlichen Verbänden geäußert werden. Ein anderes Druckmittel, wenn auch ein unschönes, ist bereits ohne unser Zutun in der Umsetzung: Träger sind gezwungen einen Abbau von Versorgungsangeboten vorzunehmen: Bettenabbau stationär und Einschränkung der ambulanten Versorgung wegen Personalmangels. Die schlechter werdenden Rahmenbedingungen sind nicht mehr tragbar – pflegende Angehörige geraten somit immer stärker unter Druck. Unsere Politiker:innen haben die Pflicht, sich dieses Themas anzunehmen.

**Was droht, wenn auch die nächste Bundesregierung die Pflege nicht in angemessener Art und Weise auf die politische Agenda setzt? Was droht den Trägern der Altenhilfe – und was den pflegebedürftigen Menschen im Land?**

Ich bin nicht besonders optimistisch, wenn ich sehe, dass Pflege im aktuellen Wahlkampf kaum eine Rolle spielt. Wenn sich das nicht ändert, droht ein Zusammenbruch der Versorgungssicherheit. Pflegebedürftige und ihre Angehörigen verlieren die Verlässlichkeit, die sie brauchen. An- und Zugehörige werden ihre Berufstätigkeit einschränken, um in ihren Familien pflegerische Betreuung und Versorgung sicherzustellen – das sind Fach- und Arbeitskräfte, die allenthalben benötigt werden. Ein weiteres großes Problem sind die steigenden Eigenanteile in der Langzeitpflege. Viele Menschen können sich Pflege kaum noch leisten, sei es stationär oder ambulant. Sie reduzieren Leistungen oder verzichten darauf, was ihre Gesundheit und Selbständigkeit gefährdet. Für die Träger geht es darum, wirtschaftlich wieder auf stabilere Beine zu kommen, um handlungsfähig zu bleiben. Auch die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse muss beschleunigt werden, damit mehr Fachkräfte schnell in den Beruf einsteigen können.

**Bricht gute Pflege als Teil der Daseinsvorsorge vermehrt weg, ist das auch demokratiegefährdend. Was aber macht Ihnen – insbesondere aus Sicht eines konfessionellen Verbandes – trotz aller genannter Baustellen noch Mut, dass das soziale Pflegesystem in einem reichen Land wie Deutschland zu retten ist?**

Was uns immer wieder motiviert, sind die guten Ideen und der Tatendrang unserer Mitglieder. Wir verleihen in diesem Jahr wieder einen Innovationspreis. Die eingereichten Projekte, die wir bislang bekommen haben, zeigen, dass die Pflegebranche selbst nicht aufgegeben hat, sondern ihr Themenfeld proaktiv und mit vollem Einsatz weiterentwickelt. Unsere Träger versuchen, ihre Angebote den Gegebenheiten anzupassen und weiterzuentwickeln. Ganz konkret haben die Caritasverbände Paderborn und Olpe, beide Mitglieder im Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland (VKAD), die **integrierte Pflegebegleitung** entwickelt, die das gesamte Bezugssystem eines Pflegebedürftigen in den Blick nimmt. Oder die BBT-Gruppe in Trier hat ein Projekt zur Schaffung einer **Sorgenden Dorfgemeinschaft** ins Leben gerufen. Es gibt zahlreiche kleinere vorbildliche Projekte: dass Senior:innen mit Hilfe von **KI Biografiearbeit** betreiben oder ein **Fußballfanclub im Seniorenheim**. Das zeigt: Die Verantwortlichen in der Pflege und ihre Teams gestalten weiter, sie brauchen jedoch endlich bessere politische Rahmenbedingungen.

**Interview: Darren Klingbeil**

**Info: Verband und Person**

Der [Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland](#) ist ein bundesweit tätiger und selbstständiger Fachverband für die Altenhilfe innerhalb des Deutschen Caritasverbandes mit Sitz in Berlin und Freiburg. Der **VKAD** vertritt die Interessen seiner über 1.200 Mitgliedseinrichtungen und – dienste durch politische Lobbyarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und fachliche Expertise in enger Kooperation mit dem Deutschen Caritasverband.

Seit dem 1. Januar 2019 ist **Andreas Wedeking** Geschäftsführer des VKAD. Der gebürtige Westfale Wedeking ist diplomierter Sozialpädagoge. Vor dieser Tätigkeit im Verband sammelte er unterschiedliche berufliche Erfahrungen: u.a. in der Jugendhilfe, in der Eingliederungshilfe und in der Leitung von Seniorenheimen.

*Hinweis: Das Interview wurde kurz vor der Bundestagswahl vom 23. Februar geführt.*